

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

13. Februar 2017

Afghanistan

Bewaffnete Auseinandersetzungen

Weiterhin kommt es zu Kampfhandlungen, Säuberungsaktionen und Razzien der Sicherheitskräfte sowie Überfällen und Anschlägen der Aufständischen, bei denen teilweise auch Zivilisten getötet oder verletzt werden. Nach Presseberichten waren in der vergangenen Woche folgende Provinzen betroffen: Badakhshan (Nordosten), Helmand (Süden, hier sollen bei NATO-Luftangriffen am 09. und 10.02.17 mindestens 25 Zivilisten gestorben sein), Zabul (Süden), Nangarhar (Osten), Paktia und Khost (Südosten).



Anschläge und Übergriffe

Am 06.02.17 starben im Distrikt Alingar der Provinz Laghman (Osten) zwei Frauen und ein Kind bei einem Mörserangriff, vier Personen wurden verletzt. Im Distrikt Behsud der Provinz Nangarhar (Osten) wurden drei afghanische Soldaten bei einem Bombenanschlag verletzt. Im Distrikt Karan wa Manjan der Provinz Badakhshan (Nordosten) konnten drei Angriffe der Taliban auf Lapislazuliminen abgewehrt werden.

Am 07.02.17 starb der Verwaltungschef des Distrikts Khak-i-Safaïd in der Provinz Farah (Westen) bei einem Bombenanschlag.

Am 07.02.17 sprengte sich ein Selbstmordattentäter vor dem Obersten Gericht in Kabul in die Luft und tötete dabei mindestens 21 Menschen, mindestens 45 erlitten Verletzungen. Zu der Tat bekannte sich der IS. Seit 2014 wurden nach Angaben der UNAMA 89 Richter, Staatsanwälte und andere Justizangestellte getötet und 214 verletzt.

Am 08.02.17 erschossen Unbekannte sechs Rot-Kreuz-Mitarbeiter in der nordafghanischen Provinz Jawzian (Norden). Nach Angaben des Polizeichefs der Provinz ist der IS für die Tat verantwortlich. Das Rote Kreuz setzt seine Arbeit in Afghanistan vorerst aus. Bisher war der IS hauptsächlich nur in den östlichen Provinzen Nangarhar und Kunar (Osten) aktiv.

Ebenfalls am 08.02.17 wurden im Distrikt Dand-i-Patan der Provinz Paktia (Südosten) zwei Zivilisten bei einem Selbstmordanschlag getötet und einer verletzt.

Am 10.02.17 wurde ein Mitglied des Provinzrates in Baghlan (Nordosten) zusammen mit seinen drei Leibwächtern erschossen.

Am 11.02.17 staben bei einem Bombenanschlag vor einer Filiale der Kabul Bank in Lashkargah (Helmand) mindestens sechs Menschen, 21 erlitten Verletzungen. In der Provinz Sar-i-Pul (Norden) schlossen sich ein Dutzend Kämpfer einer lokalen Miliz den Taliban an.

Am 12.02.17 wurde der stellvertretende Polizeichef der Provinz Khost (Südosten) in Kandahar (Süden) erschossen. In Jawzian (Norden) kam ein Mensch bei einem Anschlag auf die Polizei um.

Am 13.02.17 starb in Kandahar ein Stammesältester durch Schüsse.

Mob lyncht Paar wegen „unsittlichem Verhalten“

Im Distrikt Wana der Provinz Nuristan (Osten) lynchte am 12.02.17 ein Mob eine 18-jährige Frau und ihren 19-jährigen Freund. Die Frau war gegen ihren Willen mit einem anderen Mann verheiratet worden und hatte eine Beziehung mit dem 19-Jährigen. Die beiden waren wegen „unsittlichen Verhaltens“ verhaftet und in einer Polizeistation festgehalten worden, als Dorfbewohner und Familienangehörige die Polizeistation stürmten und das Paar erschossen. Die Regierung soll eine Untersuchung eingeleitet haben.

Irak

Tote und Verletzte bei Protesten in Bagdad

Bei einer Kundgebung von Anhängern des schiitischen Predigers al-Sadr kamen am 11.02.17 in Bagdad mindestens sieben Menschen ums Leben, über 200 wurden verletzt. Nach Auflösung der zunächst friedlichen Demonstration schlugen mehrere Raketen auch in der sog. Grünen Zone ein. Die Demonstranten forderten im Hinblick auf die Provinzwahlen im Herbst ein neues Wahlrecht und eine Neubesetzung der Wahlkommission.

Türkei

Weitere Entlassungen von Staatsbediensteten

Am 07.02.17 entließ Staatspräsident Erdogan mit einem erneuten Notstandsdekret weitere fast 4.500 Staatsbedienstete wegen angeblicher Verbindungen zu Terrororganisationen bzw. der Gefährdung der nationalen Sicherheit. Davon am stärksten betroffen ist das Bildungsministerium. Dort verloren 2.585 Menschen ihre Arbeit, die meisten Lehrer. Auch 330 Mitarbeiter von Universitäten sowie 1.310 Beamte bei der Polizei und der Gendarmerie wurden entlassen. Betroffen von den Entlassungen sind zudem die Wahlkommission, der Staatssender TRT, das EU-Ministerium, das Außenministerium und weitere Behörden. Die Entlassenen wurden in Anhängen zu dem neuen Dekret namentlich benannt.

Festnahme von Terrorverdächtigen

Am 09.02.17 verhafteten türkische Sicherheitskräfte vier mutmaßliche IS-Mitglieder in Gaziantep. Dabei wurden auch 24 Sprengstoffgürtel gefunden, mit denen die Verdächtigen vermutlich einen spektakulären Anschlag verüben wollten. Die Gürtel enthielten etwa 150 Kilogramm Sprengstoff. Zudem wurden zwei automatische Gewehre und weiteres Material beschlagnahmt.

Verfassungsreferendum am 16.04.17

Staatspräsident Erdogan machte am 10.02.17 mit seiner Unterschrift den Weg frei für eine Volksabstimmung am 16.04.17 über die umstrittene Verfassungsreform zur Einführung eines Präsidialsystems.

Syrien

AI-Bericht zu Massenhinrichtungen

Nach Angaben im Bericht von Amnesty International vom 07.02.17 soll das syrische Regime Tausende bei Massenhinrichtungen getötet haben. Bis zu 13.000 Personen sollen in den Jahren 2011 bis 2015 nach Scheinprozessen von wenigen Minuten allein im Militärgefängnis Sednaja bei Damaskus hingerichtet worden sein. Bei den meisten soll es sich um Zivilisten handeln, denen Kritik an der Regierung vorgeworfen wurde. Der Bericht stützt sich auf Schilderungen von 84 Zeugen und Experten, darunter Gefängniswärter und Behördenvertreter sowie ehemalige Häftlinge, Richter und Anwälte. Die syrische Regierung wies den Bericht als falsch zurück.

Al-Qaida-Mitglieder getötet

Nach Mitteilung der USA sollen am 09.02.17 bei US-Luftangriffen elf al-Qaida-Mitglieder getötet worden sein, unter ihnen Abu Hani al-Masri, ein hochrangiger Terrorist mit engen Kontakten zur Führungsspitze des Terrornetzwerks. Al-Masri sei früher Bewacher von Ausbildungslagern in Afghanistan gewesen und habe zahlreiche Terroristen rekrutiert und ausgebildet.

Jemen

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) berichtete am 10.02.17 von einer dramatischen Lage der Zivilbevölkerung. Immer mehr Menschen gerieten in das Kreuzfeuer zwischen Regierungstruppen und Rebellen. Besonders in der Hafenstadt Al-Mokha sowie in Taz and in Dhubab sei die Lage schlimm. Regierungsnahe Truppen hatten am 08.02.17 erklärt, Al-Mokha vollständig aus der Hand schiitischer Rebellen zurückerobert zu haben.

Tunesien

Terrorzelle zerschlagen

Regierungsangaben vom 11.02.17 zufolge zerschlug die Polizei eine sechsköpfige mutmaßliche Terrorzelle, deren Mitglieder in Kontakt mit dem IS in Libyen gestanden hätten. Nach Schätzungen der UN haben sich bisher bereits über 5.500 Tunesier jihadistischen Gruppen in Syrien, dem Irak, Libyen, dem Jemen und Mali angeschlossen. Die tunesischen Behörden gehen von 3.000 Kämpfern aus. Amnesty International wirft in einem neuen Bericht den Sicherheitskräften vor, dass es im Anti-Terrorkampf zu Gewalt und willkürlichen Verhaftungen käme, was an die Ära des früheren Präsidenten Ben Ali erinnere.

Simbabwe

Pastor Evan Mawarire auf Kautio n freigelassen

Am 09.02.17 wurde Pastor Evan Mawarire, der derzeit prominenteste Bürgerrechtler Simbabwes, aus dem Chikurubi Hochsicherheitsgefängnis von Harare freigelassen. Am Vortag hatte der High Court von Harare seine Freilassung gegen eine Kautio n in Höhe von 300 USD angeordnet. Mawarire war nach der Rückkehr aus einem freiwilligen rund sechsmonatigen Exil in den USA am 01.02.17 am Flughafen von Harare verhaftet und am 02.02.17 wegen des Versuchs, die Regierung von Präsident Mugabe zu stürzen, angeklagt worden (vgl. BN v. 06.02.17).

Nigeria

Boko Haram: Angriffe in Borno und Yobe

Am frühen Morgen des 11.02.17 attackierten im Bundesstaat Borno Kämpfer der Boko Haram das Dorf Musa (Askira Uba Local Government Area) und setzten die Gebäude in Brand.

Am 10.02.17 geriet im Bundesstaat Borno ein Militärkonvoi auf der Verbindungsstraße Ajiri-Dikwa (Dikwa Local Government Area) in einen Hinterhalt der Boko Haram. Laut Militärangaben wurden sieben Soldaten getötet und etwa 20 verletzt. Es sollen 30 Terroristen getötet worden sein.

Am 07.02.17 versuchten in Maiduguri (Hauptstadt des Bundesstaates Borno) zwei Selbstmordattentäterinnen einen Bombenanschlag auf Autofahrer, die an der staatlichen NNPC-Großtankstelle an der Damboa Road tanken wollten. Der Anschlag konnte von Angehörigen der paramilitärischen Organisation NSCDC (Nigeria Security and Civil Defence Corp) vereitelt und die Attentäterinnen konnten verhaftet werden.

Am 05.02.17 griffen Kämpfer der Boko Haram in mehreren Pickups die Stadt Sasawa rund 30 km nördlich von Damaturu (Hauptstadt des Bundesstaates Yobe) an. Nachdem sie die Soldaten der dortigen Militärbasis überwältigt hatten, brannten sie einen Großteil der Stadt nieder.

DR Kongo

Viele Tote bei Kämpfen zwischen Militär und der Miliz Kamwina Nsapu

Am 09. und 10.02.17 kam es in der Stadt Tshimbulu (zentralkongolesische Provinz Kasai Central) zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der Miliz Kamwina Nsapu und dem Militär. Laut Angaben des örtlichen Roten Kreuzes vom 12.02.17 wurden hierbei mindestens 90 Personen getötet. Die UN Friedensmission im Kongo (MONUSCO) bezifferte die Zahl der Toten auf 50. Auslöser der Kämpfe soll ein Angriff der Milizangehörigen auf einen Militärstützpunkt mit Messern und Knüppeln gewesen sein. Die

Miliz habe damit den Tod ihres Anführers Kamwina Nsapu, der im August 2016 von der Polizei getötet wurde, rächen wollen. Nach der Tötung Nsapu kam es zu einem Aufstand der Miliz, die mehrfach Ortschaften besetzte, darunter Anfang Dezember 2016 für zwei Tage die Provinzhauptstadt Kananga.

Kamerun

Sprachenstreit: Zwei Demonstranten von Soldaten getötet

Am Morgen des 10.02.17 versammelten sich etwa 100 Personen vor einer Polizeistation der Stadt Ndup (Region Nordwest) und forderten die Freilassung von Inhaftierten, die verdächtigt wurden, am 08.02.17 eine französischsprachige Schule angezündet zu haben. Laut Polizeiangaben wurde die Menge zunehmend aggressiv, weshalb die Polizei in Selbstverteidigung zwei Demonstranten erschoss.

Kamerun ist in zehn Regionen gegliedert, davon zwei mit Englisch und acht mit Französisch als Amtssprache. Seit Oktober/November 2016 kommt es in den beiden englischsprachigen Regionen Süd- und Nordwest zu Streiks und Protesten der anglophonen Lehrer und Anwälte wegen der zunehmenden Bevorzugung des Französischen gegenüber dem Englischen bei Gericht und in Schulen. Im Dezember 2016 waren bei Protesten gegen die Regierungspartei in Bamenda vier Personen von den Sicherheitskräften erschossen worden.

Gambia

Weiterhin Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofs

Gambias neuer Präsident Adama Barrow erklärte, sein Land bleibe Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofs. Damit macht er eine Entscheidung seines Vorgängers Jammeh rückgängig, der im Oktober 2016 den Austritt Gambias bei den Vereinten Nationen ankündigte.

Unter afrikanischen Staaten herrscht seit längerem Unmut über den Strafgerichtshof. Seit der Eröffnung 2002 ergingen fünf Urteile, alle gegen Afrikaner. Die Afrikanische Union verabschiedete daher auf einem Gipfel Anfang Februar eine Resolution, die zu einem Massenaustritt aus dem Strafgerichtshof aufruft.

Jammeh soll nicht vor Gericht

Der 65-jährige Jurist, Ouseinu Darboe, der im vergangenen Jahr mehrere Monate im Gefängnis saß und im Volksmund auch „Gambias Nelson Mandela“ genannt wird, wurde zum Außenminister berufen. Er kündigte an, dass Diktator Jammeh nicht wegen Mordes, Korruption und verfassungswidriger Regierungsführung vor Gericht gestellt werden soll. Komme er jemals wieder nach Hause, müsse er sich lediglich vor einer „Wahrheitskommission“ nach südafrikanischem Vorbild verantworten.

Fünftageswoche kommt

Präsident Barrow kippt das verlängerte Wochenende, das sein Vorgänger Jammeh einführte. Zumindest Staatsbeamte der „Islamischen Republik“ mussten – neben Samstag und Sonntag – auch am Freitag nicht arbeiten; dies hob Barrow nun auf. Allerdings kürzte er die werktägliche Arbeitszeit von bisher zehn auf acht Arbeitsstunden, freitags müssen Staatsbeamte nur bis kurz vor Beginn der Freitagsgebete um 12.30 Uhr arbeiten. Insgesamt kommen sie so auf 36,5 Stunden.

Südsudan

SPLA-General beschuldigt Regierung der ethnischen Säuberung

Der südsudanesischer Generalleutnant Thomas Cirillo Swaka warf der Regierung unter Präsident Salva Kiir in einem Brief vom 11.02.17 ethnische Säuberungen und Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung vor und erklärte seinen Rücktritt. Seinen Angaben nach sei der seit 2013 anhaltende Bürgerkrieg von der Regierung geplant und mit der Unterstützung von Stammesmilizen gezielt ausgeführt worden. Er wirft Präsident Kiir u. a. vor, die Armee in eine Armee der Dinka umgewandelt zu haben, die seine tatsächlichen oder vermeintlichen Gegner terrorisiere.

Nach gängiger Lesart entstand der Konflikt, dem bisher Zehntausende zum Opfer fielen und der 1,5 Millionen Menschen in benachbarte Staaten trieb, aus einem Machtkampf zwischen Präsident Salva Kiir, einem Dinka und seinem Vizepräsidenten Riek Machar, einem Angehörigen der Ethnie der Nuer.

Somalia

Staatspräsident gewählt

Am 08.02.17 wählten auf dem Flugplatz von Mogadischu unter strengen Sicherheitsvorkehrungen die Mitglieder des Unterhauses und die Vertreter der Regionen des Oberhauses Mohamed Abdullahi „Farmajo“ Mohamed zum Präsidenten Somalias. Der 54-jährige wurde in Mogadischu geboren und gehört dem Clan der Marehan an. In den 1980er Jahren arbeitete er für die Botschaft Somalias in Washington im somalischen Außenministerium. Nach Ausbruch des somalischen Bürgerkrieges erhielt er Asyl in den USA. Er studierte an der Universität von Buffalo/New York Geschichte und Politikwissenschaften und arbeitete anschließend im öffentlichen Dienst der Stadt Buffalo. In den Jahren 2010/2011 war er acht Monate lang Premierminister Somalias unter Präsident Sharif Sheikh Ahmed.

Anschläge

Am Tag vor der Präsidentenwahl verübten al-Shabaab-Kämpfer mehrere Angriffe an Orten in und um Mogadischu. So griffen sie einen AMISOM-Stützpunkt in der Ortschaft Albao im Außenbereich der Hauptstadt an und beschossen den Flughafen, um die Wahl zu unterbinden.

Bei einem Hinterhalt der al-Shabaab auf einen Konvoi der AMISOM nahe der Stadt Mahaday (Region Middle Shabelle) am 07.02.17 kamen nach Angaben der Islamisten mehrere Soldaten ums Leben.

Eine mit dem IS verbündete Miliz bekannte sich zu einem Angriff auf ein von Ausländern und puntländischen Regierungsmitarbeitern frequentiertes Hotel in Boosaaso (Region Bari, Puntland) am 08.02.17. Vier Sicherheitsleute und zwei Angreifer kamen ums Leben.

Bei der Explosion von zwei Sprengfallen vor einer Kaserne des somalischen Militärs in Beledweyne (Region Hiran) starben am 09.02.17 vier Soldaten, mehrere wurden verwundet. Zu dem Anschlag bekannte sich die al-Shabaab.

Hinrichtungen

Die al-Shabaab exekutierte am 05.02.17 im Bezirk Jamame (Region Lower Juba) vier Männer, die sie beschuldigte hatte, für die USA, Kenia und die somalische Regierung spioniert zu haben.

Kenia

Keine Schließung des Flüchtlingslagers Dadaab

Kenias High Court untersagte am 09.02.17 die von der Regierung angeordnete Schließung des Flüchtlingslagers Dadaab. Die Regierung will Berufung einlegen. In dem Lager, das bis Mai 2016 aufgelöst werden sollte, leben derzeit etwa 260.000 somalische Flüchtlinge. Im Rahmen eines Abkommens zwischen UNHCR sowie den Regierungen Kenias und Somalias kehrten zwischen Dezember 2014 und Januar 2017 etwa 40.000 Flüchtlinge nach Somalia zurück, die meisten im Jahr 2016.

Kosovo

Kosovo-Sondergericht in Den Haag nimmt Arbeit auf

Für das Sondertribunal zur Aufarbeitung der Kriegsverbrechen im Kosovo-Krieg unter der Schirmherrschaft der EU wurden 19 internationale Richter ernannt und die bulgarische Juristin Ekaterina Trendafilova zur Präsidentin mit vierjähriger Amtszeit bestellt. Chefankläger ist der bereits im Juli 2015 ernannte US-Jurist David Schwendiman. Das Gericht soll Verfahren gegen die Personen einleiten, denen zwischen 1998 und 2000 schwerste Verbrechen an Serben, Roma, aber auch an albanischen Landsleuten zur Last gelegt werden. Die mutmaßlichen Straftäter waren Führer der albanischen Befreiungsarmee UCK. Mit den ersten Anklagen wird im September 2017 gerechnet.

Das Gericht geht auf Untersuchungen des Europarates zurück, der Anfang 2011 einen Bericht über Morde, Folter und den Handel mit Organen von Gefangenen vorgelegt hatte. Etliche führende kosovarische Politiker gehörten während des Krieges zur UCK, darunter Präsident Hashim Thaci sowie auch Parlamentspräsident Kadri Veseli. Erst unter starkem internationalem Druck stimmte das kosovarische Parlament im April 2014 der Einrichtung eines Sondertribunals zur Aufarbeitung der Kriegsverbrechen zu. In Kosovo gelten die UCK-Kämpfer vielen weiterhin als Helden.

Hintergrund

Während des Kosovo-Krieges 1998/99 wurden schätzungsweise bis zu 800.000 Albaner aus dem Kosovo vertrieben, mindestens 13.000 Menschen kamen ums Leben. Auch die albanische UCK soll Gräueltaten begangen haben. Der Krieg war nach der Intervention der NATO im Juni 1999 mit dem Rückzug der serbischen Armee aus Kosovo zu Ende gegangen. 2008 erklärte sich Kosovo, das zunächst unter UN-Verwaltung gestanden hatte, einseitig für unabhängig von Serbien. Serbien und einige andere UN-Staaten erkennen die Unabhängigkeit nicht an.

Russland/Nordkaukasus

Menschenrechts- und Sicherheitslage

Schwerpunkt der Menschenrechtsverletzungen bleibt die Nordkaukasus-Region. Die allgemeine Sicherheits- und Menschenrechtslage ist weiter – trotz rückläufiger Opferzahlen – angespannt. In den vergangenen Jahren hat sich im Nordkaukasus die Hauptkonfliktzone von Tschetschenien weg in die Nachbarrepublik Dagestan verlagert. Neben Dagestan und Tschetschenien bleibt die Menschenrechtslage auch in Inguschetien und Kabardino-Balkarien kritisch. Es setzt sich der Trend von ökonomischen Problemen und sozialer Instabilität im Nordkaukasus fort, trotz der massiven wirtschaftlichen Förderung der Region durch die russische Regierung.

Seit 2012 hält der Rückgang der getöteten Personen im Nordkaukasus an. So starben 2015 bei Anschlägen und Kämpfen zwischen Sicherheitskräften und separatistischen bzw. islamistischen Aufständischen nach offiziellen Angaben 208 Personen (2014: 341; 2013: 529; 2012: 700). Auch wenn in Dagestan ebenfalls ein deutlicher Rückgang der Opferzahlen zu verzeichnen war, bleibt diese Nordkaukasus-Republik doch der Schwerpunkt der Gewalt und der Anzahl der Todesopfer. In dieser Hauptkrisenregion wurden 2015 insgesamt 126 Menschen (2014: 208; 2013: 271; 2012: 410) getötet.

Im Jahr 2016 pendelten sich die Opferzahlen nahezu auf dem gleichen Niveau des Vorjahres ein. Laut der russischen Internetzeitung Caucasian Knot von Februar 2017 wurden in der Region Nordkaukasus 2016 insgesamt 202 Menschen – davon 140 in Dagestan – getötet. Dies bedeutet für Dagestan eine leichte Steigerung gegenüber 2015. In Tschetschenien gab es 27, in den restlichen Gebieten 35 Todesopfer. 2016 wurden acht Zivilisten getötet, des Weiteren starben bei Gefechten und Anschlägen 32 Angehörige der Sicherheitskräfte und 162 überwiegend islamistische Kämpfer. Ursache für den im Vergleich zu den Jahren 2012 bis 2014 erheblichen Rückgang bei den Getöteten dürfte sein, dass sich seit Ende 2014 vermehrt Kämpfer aus dem Nordkaukasus der Terrormiliz IS in Syrien und im Irak angeschlossen haben.

Indien

Acht Tote bei Zusammenstößen in Kaschmir

Bei Zusammenstößen von Sicherheitskräften mit mutmaßlichen Rebellen in Prisalim im Süden des nordindischen Kaschmir sind am 12.02.17 mindestens sieben Menschen getötet worden. Bei den Getöteten handelt es sich nach Polizeiangaben um zwei indische Soldaten, vier mutmaßliche Rebellen und einen Zivilisten. Immer wieder kommt es in der Region zu Gewalt zwischen Sicherheitskräften und Separatisten.

Kolumbien

Friedensverhandlungen mit ELN begonnen/Entwaffnung der FARC

Am 07.02.17 begannen in Ecuadors Hauptstadt Quito offizielle Friedensverhandlungen zwischen der Regierung Kolumbiens und der letzten aktiven Rebellenorganisation des Landes, Ejército de Liberación Nacional (ELN). Am 02.02.17 hatten die Rebellen den ehemaligen Abgeordneten Odín Sánchez freigelassen, eine Vorbedingung für die Aufnahme der Verhandlungen (vgl. BN. v. 23.01.17).

Mit der Rebellenorganisation Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) wurde im November 2016 ein Friedensvertrag unterzeichnet (vgl. BN v. 05.12.16). Deren Kämpfer haben sich nahezu vollständig in 26 speziell ausgewiesenen Gebieten versammelt, wo sie unter Aufsicht der UN ihre Waffen abgeben sollen.

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing-Notes
ivs-anfragen@bamf.bund.de